

Antrag

der **Fraktion DIE LINKE.**

Thema: **Unverzüglich Beitritt Sachsens zur „Koalition gegen Diskriminierung“ erklären!**

Der Landtag möge beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht,

I.

unverzüglich gegenüber der Antidiskriminierungsstelle des Bundes zu erklären, dass der Freistaat Sachsen der „Koalition gegen Diskriminierung“ beitrifft und dabei in der Absichtserklärung zu bekunden, dass in Sachsen ebenfalls dafür Sorge getragen wird,

1. dem Thema Diskriminierung in unserer Gesellschaft mehr Aufmerksamkeit zu widmen;
2. jeden Weg zu nutzen, um von Diskriminierung betroffenen Menschen – gerade auch vor Ort – die bestmögliche Beratung zu bieten;
3. sich mit starkem Engagement auf Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene für die Bekämpfung von Benachteiligungen einzusetzen;
4. nach Möglichkeit langfristig zentrale Ansprechpartner für das Thema Diskriminierung im Land und in den Kommunen zu benennen;
5. vor Ort für das Thema Diskriminierungsschutz zu sensibilisieren und es als Querschnittsaufgabe politisch zu verankern.

II.

mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln darauf hinzuwirken, anzuregen und zu unterstützen, dass auch die sächsischen Kommunen ihre Möglichkeit zum Beitritt zur „Koalition gegen Diskriminierung“ nutzen.

Dresden, 6. Juli 2015

- b.w. -



Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

Begründung:

Im Rahmen der bundesweiten „Offensive für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft“ wirbt die Antidiskriminierungsstelle des Bundes dafür, dass Länder und Kommunen der „Koalition gegen Diskriminierung“ beitreten, welche Bestandteil der Offensive ist.

Bisher sind zehn Bundesländer diesen Schritt gegangen. Sachsen ist nach wie vor nicht darunter (Stand 30. Juni 2015), obwohl im Koalitionsvertrag 2014 bis 2019 zwischen der CDU Sachsen und der SPD Sachsen „Sachsens Zukunft gestalten“ vereinbart wurde: „Die Koalitionspartner setzen sich gemeinsam für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft ein. Sie sind sich darin einig, dass eine nachhaltige Unterstützung der von Diskriminierung betroffenen Menschen und die Bekämpfung von Benachteiligungen auf allen Ebenen ein starkes Engagement sowohl auf Bundes- und Landes- als auch auf kommunaler Ebene erfordern. Der Freistaat Sachsen wird daher spätestens zum Ende des ersten Halbjahres 2015 der von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes initiierten 'Koalition gegen Diskriminierung' beitreten.“

Die Fraktion DIE LINKE unterstützt bereits seit der letzten Wahlperiode dieses bundesweit beachtete und notwendige Vorhaben. Dies geht aus dem gleichlautenden Antrag der Fraktion DIE LINKE. in Drucksache 5/12203 hervor, welcher damals keine Mehrheit im Sächsischen Landtag fand. Mit diesem Antrag ist deshalb beabsichtigt, diese unsererseits unterstützten Vereinbarungen des Koalitionsvertrages in Erinnerung zu rufen und auf deren Einhaltung zu drängen, denn in Sachsen ist nach wie vor sehr viel mehr Engagement als bisher erforderlich, um das Thema als wichtige politische Aufgabe zu etablieren.